

Schließlich – damit komme ich auf die Frage, die mir Markus Meckel gestellt hat – haben auch Stimmen aus Polen dazu beigetragen, daß es wenigstens bei Teilen der Opposition zu einem allmählichen Umdenken in der deutschen und in der europäischen Frage gekommen ist. Der Status quo der Teilung galt in beiden deutschen Staaten als unveränderlich. Im Osten wurde er trotz des Leidensdrucks resignativ hingenommen. Im Westen war er trotz der Rhetorik an bestimmten Feiertagen gesellschaftlich akzeptiert. Die Ordnung von Jalta schien, zumal vor dem Hintergrund der Ostpolitik in den 70er Jahren, die auch wir enthusiastisch begrüßt hatten, der unverrückbare Grundriß Nachkriegseuropas zu sein. Wir mußten also aus diesem Geschichtsdeterminismus und Geschichtsfatalismus herauskommen. Wir mußten Alternativen überhaupt erst wieder denken lernen. Allein angewiesen auf deutsch-deutsche Kontakte hätten wir wohl kaum begriffen, daß z. B. die Frage der deutschen Schuld nicht instrumentalisiert werden darf, um die Teilung Deutschlands und auch die Teilung Europas akzeptierend oder gar rechtfertigend auf längere Sicht in Kauf zu nehmen.

Über das Denken der polnischen Opposition, das in Grundzügen bekannt war und das auch in einzelnen Kreisen besprochen wurde, hat Artur Hajnicz eben berichtet. Ich beschränke mich auf ein weiteres, besonders charakteristisches Beispiel. Wladyslaw Bartoszewski bekam den Friedenspreis des deutschen Buchhandels 1986 in Frankfurt. Er sagte dort das Folgende:

„Die Generation, der ich angehöre, hat mit eigenen Augen die Mauern und Drahtverhaue gesehen, welche die Menschen trennten: die Mauern und Ghettos von Warschau und anderswo, die Mauer, die jahrelang durch Jerusalem lief, und die Mauer, die bis heute Berlin teilt. Es scheint das Wichtigste zu sein, all das zu unterstützen, was die Menschen verbindet, und sich all dem zu widersetzen, was die Menschen gegen ihren Willen trennt.“

Mir scheint es, meine Damen und Herren, noch heute unmöglich, jemand von uns hätte unbefangen einen solchen Satz sagen können, nicht weil wir ihn ablehnten, sondern weil niemand sicher sein konnte, ihn hinreichend gegen Mißverständnisse abzusichern. Mit der Nennung des Warschauer Ghettos und der Berliner Mauer in einem Atemzug hätte die Opposition in der DDR keinen halbwegs kultivierten Historikerstreit ausgelöst. Sie hätte statt dessen den Staatsanwalt auf den Plan gerufen. Aber mehr noch: Sie hätte sich auch die Sympathien eines großen Teils der Kirche und der kulturellen Elite verscherzt und wohl noch weiter die ohnehin schwache Unterstützung aus dem Westen verloren. Bartoszewski ging es natürlich nicht um die Relativierung der deutschen Kriegsverbrechen, sondern um angemessene politische Konsequenzen, die wir aus dieser Geschichte zu ziehen haben. In dieser Hinsicht war die Botschaft aus Warschau, aus Prag und aus Budapest im Laufe der Jahre immer eindeutiger. Sie lautete: Wenn ihr die Teilung

weiter fatalistisch akzeptiert, begeben ihr euch nochmals auf einen deutschen Sonderweg. Es war für uns von fundamentaler Bedeutung, daß die polnischen Intellektuellen und Publizisten, die als erste unter den Stiefeln der Wehrmacht und dem Terror der Sonderkommandos gelitten hatten, in dieser Logik argumentierten.

Zusammenfassend: Die Einflüsse der Solidarnosc und ihres kulturellen Kontextes auf die DDR sind vielfältig und jedenfalls nicht auf die vielzitierten zynischen Abwehrversuche der SED zu beschränken. Ich sage auch, daß sie bis heute weiterwirken, selbst wenn sie im politischen Alltag kaum zur Geltung kommen. Keine Freiheit ohne Solidarität – *ne ma wolnosc bez solidarnosci* –: Das war eine polnische Lektion der 70er und 80er Jahre, ich meine, eine Lektion für ganz Europa, für die wir Ostdeutschen besonderen Dank schulden. Auf diese Überzeugung und Erfahrung stützte sich die Idee der Bürgergesellschaft. Auch sie ist mehr als nur ein Kampfbegriff der früheren Opposition. Wenn die Freiheit bewahrt werden soll, dann hat auch heute das Ethos der Solidarität seine moralische Substanz und seine politische Relevanz meines Erachtens nicht eingebüßt. (Beifall)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Herzlichen Dank, Ludwig. Ich will mit Blick auf die Uhr ohne irgendeinen Kommentar zu dem letzten Einführungsbeitrag von Timothy Garton Ash überleiten.

Timothy Garton Ash: Ich glaube, das meiste ist schon gesagt worden. Ich möchte nur drei kurze Bemerkungen zum Zusammenhang zwischen Entspannungspolitik und der Entstehung der Solidarnosc machen.

Ohne Entspannungspolitik keine Solidarnosc. Ohne KSZE keine Solidarnosc. Ohne Ostpolitik keine Solidarnosc. Es liegt auf der Hand, daß die Hauptursachen innenpolitische und osteuropäische waren. Ich glaube allerdings, daß die Entspannungspolitik in dreierlei Hinsicht die Solidarnosc mitverursacht hat. Zum einen bin ich davon überzeugt, daß die viel größeren Reisemöglichkeiten gerade für polnische Bürger in den 70er Jahren – die Zahl der Reisen sind mächtig angestiegen – dazu beigetragen haben, daß man über die eigene Wirklichkeit noch mehr desillusioniert war und der magnetischen Anziehungskraft des Westens noch mehr unterlegen war und daß insbesondere das Feindbild Deutschland, das gerade in Polen in den 70er Jahren noch sehr wirksam war, allmählich verblaßte. Zum zweiten gab es für die Opposition die Möglichkeit der Berufung u. a. auf die KSZE. Nur glaube ich, daß die besondere Bedeutung der KSZE in dieser Hinsicht gerade in Deutschland oft überbewertet wird. Es ist aufgefallen, daß Anna Sabatova sehr betont hat, daß sich die Charta 77 auf die UNO-Menschenrechtserklärungen berufen hat. Das KOR hat sich u. a. – aber eben nur unter anderem – auf die KSZE berufen. Das steht in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der KSZE. Die Danziger Forderungen im August 1980 haben sich auf die Internationale Arbeitsorganisation berufen und eben nicht auf KSZE. Wenn es ein internationales Dokument von überragender